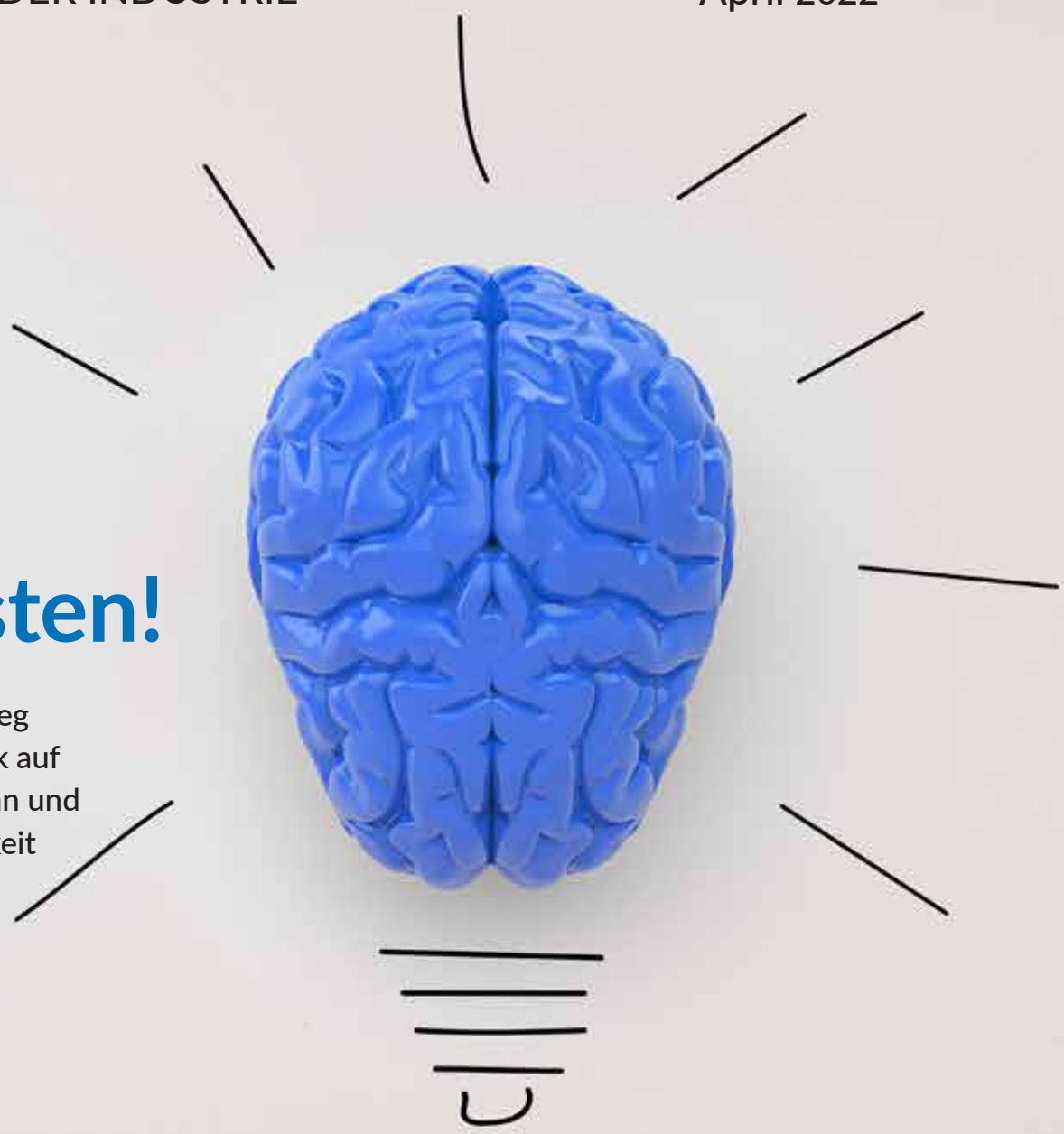
iv positionen
DAS MAGAZIN DER INDUSTRIE
April 2022

Energiepolitik neu denken – Industrie entlasten!

Welche Rahmenbedingungen für den Ausstieg aus fossiler Energie nötig sind, wie der Druck auf die Unternehmen jetzt gelindert werden kann und warum Klimaschutz und Wettbewerbsfähigkeit kein Widerspruch sind.



Österreichische Post AG,
MZ 03Z034897 M
Vereinigung der österreichischen Industrie,
Schwarzenbergplatz 4, 1030 Wien

unsere INDUSTRIE hilft

INITIATIVE
Wie die Industrie Nachbarschaftshilfe leistet *Seite 4*

FORSCHUNG
„Fonds Zukunft Österreich“ nimmt Fahrt auf *Seite 5*

NIEDERÖSTERREICH
Blackout – Resilienz durch strategische Vorbereitung *Seite 10*

Die Welt von morgen

Welche geopolitischen Implikationen der Krieg in der Ukraine auslöst, weshalb die Interessenlagen in der EU-Nachbarschaft immer komplexer werden und welche Schlüsse die EU daraus ziehen sollte.

Die russische Invasion in der Ukraine macht einmal mehr deutlich, wie fragil die unmittelbare Nachbarschaft Europas ist: In Nordafrika bezeichnen Experten Libyen als gescheiterten Staat, Tunesien und Ägypten gelten als politisch instabil. Im Nahen Osten tobt seit mehr als einem Jahrzehnt in Syrien ein Krieg, den sämtliche Regionalmächte befeuern. Unter anderem stehen sich mit der Türkei und Russland zwei Staaten, die an die EU angrenzen, mit unterschiedlichen Zielen gegenüber. Und nun der Krieg in der Ukraine, der Europa ökonomisch am härtesten trifft und den gesamten Schwarzmeerraum destabilisiert.

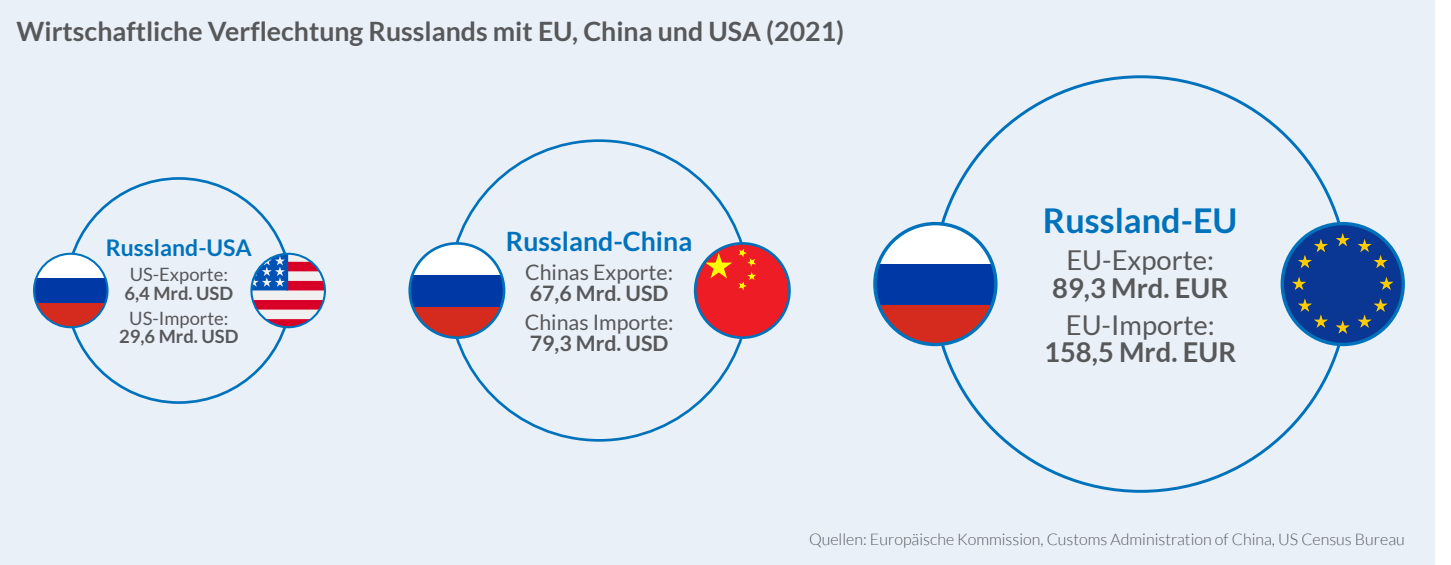
Ebenso wenig vorteilhaft für die EU gestaltet sich die globale Situation: So hat der Ukraine-Konflikt in den vergangenen Monaten Russland enger an China und Indien gebunden. Allein schon wegen der Größe der Länder wäre hier eine echte Gegenbewegung zum so genannten „Westen" möglich, die allerdings auf tönernen Füßen steht. Denn das Verhältnis der drei Riesen war in den vergangenen Jahrzehnten durchaus konfliktbeladen oder anders gesagt: Die Freundschaft zwischen China und Russland kann begrenzt sein. Während Peking für seinen (ökonomischen) Pragmatismus bekannt ist, geht Moskau ein Risiko ein, wenn es sich von Europa gänzlich abkoppelt und auf China fokussiert, das Russland wirtschaftlich als auch militärisch überlegen ist.

Der Krieg in der Ukraine fördert zudem neue Interessensphären zutage, die eines gemeinsam haben: Sie entziehen sich zunehmend dem Einfluss Europas. Im Nahen Osten betrachten sich die Türkei, Iran und Saudi-Arabien als Konkurrenten um die regionale Vorherrschaft. Während die arabischen Staaten danach trachten, zwischen den USA und Russland mit China im Hintergrund eine neutrale Rolle einzunehmen, ist Teheran im Syrienkrieg mit Russland verbündet.

Wirtschaftsbeziehungen über direkte Nachbarschaft hinaus stärken

Für die USA wiederum bleibt der ökonomische und strategische Fokus auf den Pazifikraum gerichtet. Das heißt, nicht Russland, sondern China ist der wirtschaftliche und politische Hauptkonkurrent, wenn es um die weltweite technologische, wirtschaftliche und sicherheitspolitische Vorherrschaft geht.

Was bedeuten diese massiven Verschiebungen der tektonischen Platten der Geopolitik für die EU? Die Welt dreht sich nicht um Europa. Vielmehr ist eine wirtschafts- und sicherheitspolitische Neuorientierung nötig. Neben der Diskussion über eine gemeinsame Verteidigungspolitik in der Union sollte jetzt das Zeitfenster genutzt werden, um die Wirtschaftsbeziehungen über die direkte Nachbarschaft hinaus zu stärken. Die USA und EU sind die am engsten verbundenen Wirtschaftsräume der Welt. Ein Transatlantikabkommen, aber auch die Umsetzung des bereits verhandelten EU-Mercosur-Vertrags könnten einen ökonomischen Impuls auslösen, der dringend benötigt wird. Denn die EU wird einen Großteil der wirtschaftspolitischen Folgen des Krieges in der Ukraine tragen müssen. Ihre wirtschaftliche Verflechtung mit Moskau und Kiew ist deutlich höher als jene anderer Länder, die ebenfalls Russland sanktionieren, etwa die USA, Kanada oder Japan.



Die wirtschaftliche Verflechtung der EU mit Russland ist deutlich höher als jene anderer großer Wirtschaftsmächte.

GASTKOMMENTAR

Wenn sich alles nur nach Umfragen richtet

Der schreckliche Krieg in der Ukraine führt es drastisch vor Augen: Politik, die nicht vorausschauend handelt, ist potenziell lebensgefährlich. Das gilt nicht nur für die Sicherheitspolitik.

Abends werden die Faulen fleißig. Das zeigt sich soeben in der Sicherheitspolitik: Jahrzehntelang hat Deutschland seine Bundeswehr verkommen lassen, doch kaum war der Ukraine-Krieg ausgebrochen, kündigte die Regierung ein 100 Milliarden Euro-Sonderbudget zur Wiederaufrüstung an. Sogar die Rückkehr zur Wehrpflicht wird in Deutschland nun diskutiert. Es muss eben immer erst etwas passieren, bevor etwas geschieht.

In Österreich reicht nicht einmal das aus. Nach dem Beginn des Krieges in der Ukraine dauerte es geschlagene vier Wochen, bis die Regierungsparteien darauf kamen, dass man vielleicht einmal über das Verteidigungsbudget reden sollte. Was aber nicht bedeutete, dass die Gespräche dann auch wirklich begannen. Denn Österreich hat ja seine Neutralität. Sie gilt als Sparform und Wundermittel zugleich – als kostenlose Sicherheitspolizze: Wir brauchen kein Geld in die Verteidigung zu stecken, denn unsere Neutralität macht uns gegen Angriffe immun und verteidigt sich sozusagen von selbst. Und wenn nicht, wird uns schon irgendwer anderer verteidigen.

Das ist zwar objektiv Unsinn, aber laut Umfragen absolut mehrheitsfähig. Also richtet sich die Politik danach. Lieber mit der Mehrheit irren, als gegen die Mehrheit Recht behalten, lautet die Devise, die vorausschauendes Handeln praktisch unmöglich macht. Das zeigt sich nicht nur in der Sicherheitspolitik (wo es besonders verantwortungslos und lebensgefährlich ist), sondern in allen Politikbereichen. Nehmen wir nur Corona: Man kann über die Impfpflicht geteilter Meinung sein, aber wenn man sie für notwendig erachtet, hätte man sie vor Delta und Omikron einführen müssen. So aber wurde sie erst dann eingeführt, als sich in Umfragen erstmals eine Mehrheit dafür abzeichnete – also um ein Jahr zu spät und damit sinnlos. Weshalb sie dann ja auch wieder ausgesetzt wurde.

> *„Lieber mit der Mehrheit irren, als gegen die Mehrheit Recht behalten, lautet die Devise, die vorausschauendes Handeln praktisch unmöglich macht."*

Ähnlich verspätet kommt die plötzliche Aufrüstungshektik des Westens (wie gesagt: mit Ausnahme Österreichs). Denn Armeen und damit Verteidigungsfähigkeit entstehen nicht auf Knopfdruck, sondern sind das Ergebnis jahrelanger Aufbauarbeit. Um für die jetzige Gefahr gewappnet zu sein, hätte man vor einem Jahrzehnt ein ambitioniertes Investitionsprogramm in die Streitkräfte starten müssen. Aber welche Regierung hätte das damals, im scheinbar tiefsten Frieden, politisch überlebt?

Die Demokratie kann erst handeln, wenn der Schaden bereits eingetreten ist, bemerkte einst zutreffend Fürst Metternich. Und auch dem legendären deutschen Kanzler Konrad Adenauer war der Fluch, immer auf die Mehrheit warten zu müssen, bewusst, als er sagte: Politiker müssten dem Volk voran gehen, aber nur so weit, dass sie vom Volk noch gesehen werden können. Wehe dem, der diese Regel missachtet! Die letzte österreichische Regierung, die eine relativ mutige Reform zur Sicherung des Pensionssystems durchführte, wurde dafür bei der nächsten Wahl gnadenlos abgestraft und abgewählt. Seither (die Politik ist ja lernfähig) ist das Wort Pensionsreform aus dem politischen Sprachgebrauch gestrichen. Übrigens genauso wie das Wort Budgetsanierung. Es wurde durch die Floskel „Koste es, was es wolle" ersetzt. Das lässt sich bei Wahlen besser verkaufen.

Ohne Rücksicht auf eigene Verluste das Richtige für das Land zu tun – das scheint von der immer kurzlebiger werdenden Politik zu viel verlangt zu sein. Bäume pflanzen, damit künftige Generationen etwas zum Ernten haben, ist eine Haltung, die Politikern fremd zu sein scheint. Politisch gesehen gleicht Österreich einer baumlosen Steppe.

Alexander Purger ist Journalist bei den „Salzburger Nachrichten".

Fotos: SN

Die Gastkommentare in den iv-positionen stellen die Meinung der Autorin bzw. des Autors dar und spiegeln nicht grundsätzlich die Position der Industriellenvereinigung wider.

Realistisches Krisenmanagement gefragt

Die Entwicklung der Energiepreise fordert von der Politik das richtige Augenmaß und rasches Handeln.

IV-MEINUNG

Der Angriffskrieg in der Ukraine ist eine furchtbare humanitäre Katastrophe in Europa. Die Industrie trägt daher die bisher beschlossenen Sanktionen gegen die Russische Föderation mit. Gleichzeitig ist klar: Wir müssen die Auswirkungen auf die heimischen Unternehmen und ihre Beschäftigten im Blick behalten. Die horrenden Energiepreise haben existenzbedrohende Ausmaße für Betriebe und ihre Beschäftigten angenommen. Nach den Teuerungen aufgrund der COVID-19-Krise hat die Invasion Russlands die Lage noch zusätzlich verschärft. Der Gaspreis beispielsweise hat sich im Vergleich zur Zeit vor der Pandemie versiebenfacht.

Vor diesem Hintergrund braucht es ein nachvollziehbares Krisenmanagement und umgehend wirksame Entlastungsmaßnahmen, für die wir als Industriellenvereinigung eine konkrete Agenda entwickelt haben (siehe Titelbeitrag Seite 6 – 7). Wichtig ist aber auch vor allem eines: Die Politik muss Augenmaß bewahren. Das Vorhaben der EU-Kommission, die Gasimporte aus Russland bis Ende des Jahres um zwei Drittel zu reduzieren, ist gut gemeint, aber schlichtweg unrealistisch. Die 80 Prozent Gas aus Russland lassen sich in Österreich so schnell nicht ersetzen. Dafür fehlt die Infrastruktur, wie etwa für Flüssiggas. Dass die EU-Kommission aktuell intensiv an Alternativen zum russischen Gas arbeitet, ist positiv. Aber: Bis wir wirklich vom russischen Gas unabhängig werden können, dauert es mehrere Jahre. Die Lage ist sehr ernst – die Energieversorgung Österreichs steht seit Wochen auf dem Spiel. Sollte es zu einem Gas-Lieferungsstopp kommen, könnten Haushalte zur Not mit dem eigenen und mit norwegischem Gas gerettet werden. Aber für die Konsumenten als Arbeitnehmer wären die Folgen eines Embargos fatal. Dieses würde die energieintensive Industrie sofort treffen, etwa Stahlindustrie, Papierindustrie, Zementindustrie, aber auch die Lebensmittelindustrie. Zehntausende Beschäftigte und ihre Familien wären direkt betroffen, ganz zu schweigen von der Zulieferindustrie und ihren Mitarbeitern. Die Witterung macht die Situation nicht wirklich einfacher: Der Gasverbrauch sinkt zwar in der wärmeren Jahreszeit, aber ohne Gas geht in der Industrie kaum etwas.

In diesem Sinn ist klar: Der russische Krieg gegen die Ukraine erfordert ein klares und konsequentes Auftreten und punktgenau wirksame Sanktionen. Die Selbstzerstörung des Standortes gehört nicht dazu. Realismus und Augenmaß sind in jeder Hinsicht für den Weg aus der Krise geboten.

Ihr

Christoph Neumayer,
IV-Generalsekretär

Die Redaktion weist darauf hin, dass Redaktionsschluss der vorliegenden Ausgabe der iv-positionen der 3. April war.
Aktuelle Informationen über spätere Entwicklungen im Zusammenhang mit der russischen Invasion in der Ukraine finden Sie unter: **www.iv.at**

„Wir tun uns in Europa nichts Gutes, wenn wir Belastungen aufeinanderstapeln und damit die Industrie im internationalen Wettbewerb weiter schwächen. Am Ende werden Regionen gewinnen, die das nicht haben."

Andreas Gerstenmayer,
Vorstandsvorsitzender AT&S

„Mit einer Behaltefrist von einem Jahr und damit verbundener Steuerfreiheit kann sicher ein Anreiz gegeben werden, um Anleger in den Markt zu holen."

Angelika Sommer-Hemetsberger,
Vorständin OeKB

„Bei der Arbeitsmarktlage ist es sicher sinnvoll, den Arbeitsanreiz zu stärken."

Johannes Kopf,
Vorstand AMS

„Die Energiewende muss man diszipliniert managen. Wenn Energie zu teuer oder nicht verfügbar ist, kippt das sehr schnell."

Alfred Stern,
CEO OMV

AKTUELLES IN KÜRZE

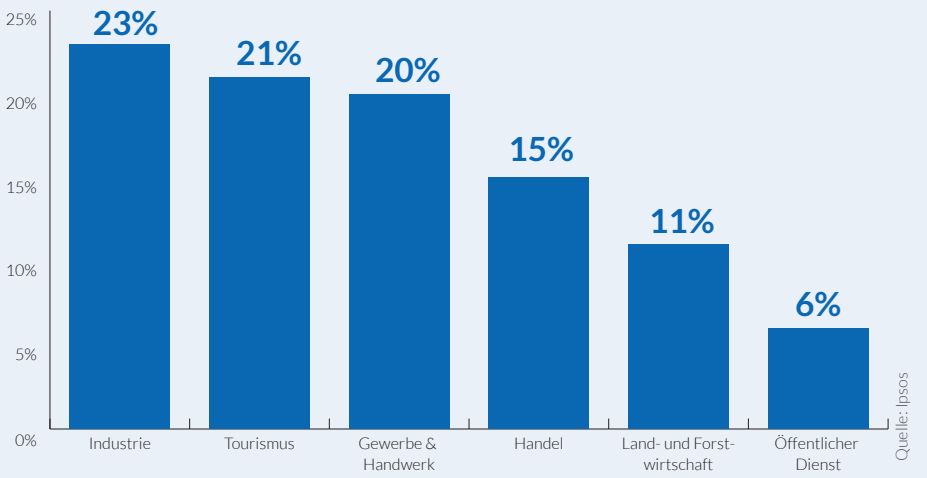
POSTING DES MONATS

Fotos: AdobeStock, IV/Michalski

GRAFIK DES MONATS

Während der Corona-Krise waren die Industrie und die industrienahen Dienstleistungen Wachstumslokomotiven für Wohlstand, Arbeitsplätze und hohe Lebensqualität. Rund zwei Drittel des Wirtschaftswachstums im vergangenen Jahr war auf diese Sektoren zurückzuführen. Die Bevölkerung schätzt daher die Industrie völlig zurecht als Wachstumsmotor Nummer Eins in Österreich ein, davon ist jeder Vierte in Österreich überzeugt, wie eine aktuelle Umfrage des Marktforschungsunternehmens Ipsos zeigt. Damit wird aber auch ersichtlich, dass die Bevölkerung weiterhin ausführlich über die Leistungen der Industrie informiert werden muss. Denn die Leistung der Industrie für Wohlstand und Arbeitsplätze ist tatsächlich noch deutlich größer.

Bedeutung für Wachstum und Wohlstand
Frage: Bitte geben Sie an, welcher der folgenden Wirtschaftsbereiche für Wachstum und Wohlstand am wichtig ist?



ZAHL DES MONATS

50.000.000

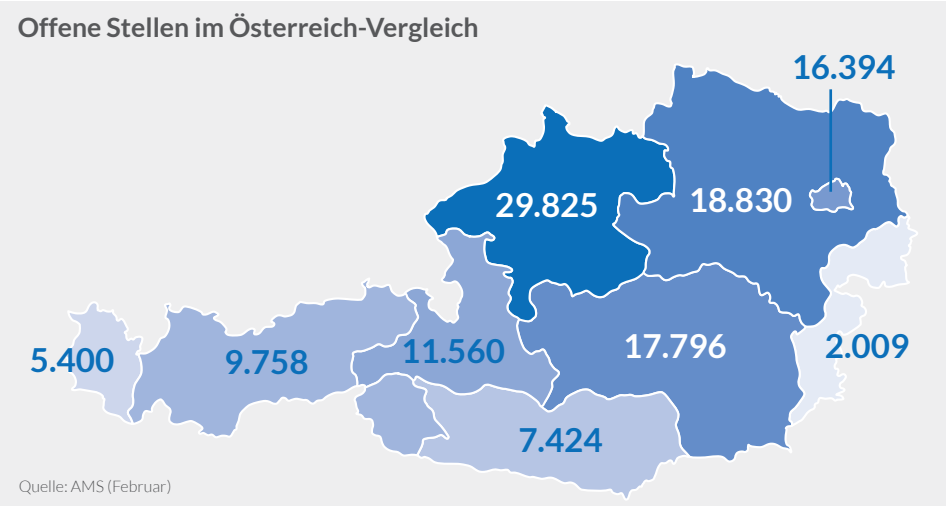
Mit 50 Millionen Euro stärkt die Bundesregierung den Life Science-Standort Österreich. So wird das Ende März vorgestellte „Austrian Life Science"-Programm F&E-Unternehmensprojekte (Digitalisierung im Gesundheitswesen, Medizinprodukte, Arzneimittel), klinische Studien sowie Leitprojekte innovativer Produktionstechnologien fördern. Für die IV wird damit ein wesentlicher Baustein der Technologieoffensive umgesetzt, die von der Industrie vorgeschlagen wurde und auch in der FTI-Strategie 2030 zentral verankert ist. Richtig und wichtig ist zudem die breite Themensetzung der Ausschreibungsschwerpunkte ebenso wie die prominente Berücksichtigung der Medizintechnik. Österreich verfügt in den Life Sciences über eine hervorragende Ausgangsbasis. Knapp 1.000 Unternehmen stehen für mehr als 60.000 Arbeitsplätze und erwirtschaften 25 Milliarden Euro an Umsatz. Die Life Sciences zählen zu den forschungsstärksten Sektoren überhaupt.

Informationen zur ersten Ausschreibung:
www.ffg.at/AustrianLifeSciences Programme

Arbeitslosenversicherung Neu: Arbeit und nicht Arbeitslosigkeit fördern

Bis Sommer soll eine Reform der Arbeitslosenversicherung vorliegen. Wie der Fachkräftemangel gelindert werden muss und welche Anreize notwendig sind, um arbeitslose Menschen wieder rascher ins Erwerbsleben zurückzubringen, zeigt die Industrie.

Mehr als 200.000 offene Stellenangebote gab es im März auf der AMS-Plattform „alle jobs". Bei der Lehrlingsausbildung klafft eine Lücke zwischen Angebot und Nachfrage: Allein in Oberösterreich, Tirol oder der Steiermark überstieg die Zahl der offenen Stellen jene der Bewerber um das Dreifache. Auch die Arbeitsmobilität in Österreich ist vergleichsweise gering: Während im Februar etwa 40 Prozent der Arbeitslosen in Wien wohnten, befanden sich 85 Prozent der gemeldeten offenen Stellen in den anderen acht Bundesländern. Ein Beispiel verdeutlicht die Diskrepanz: In der Bundeshauptstadt waren zuletzt mehr als 400 Elektromechaniker und rund 200 Maschinenbautechnikerinnen arbeitslos gemeldet. Im Gegensatz dazu gab es in Oberösterreich in diesen Berufen dreimal mehr offene Stellen als Arbeitssuchende.



Die Arbeitsmobilität in Österreich ist vergleichsweise gering: Während im Februar etwa 40 Prozent der Arbeitslosen in Wien wohnten, befanden sich 85 Prozent der gemeldeten offenen Stellen in den anderen acht Bundesländern.

Beschäftigungsanreize stärken

All diese Zahlen machen den grassierenden Fachkräftemangel nicht nur spür-, sondern auch sichtbar. Um diese Wachstumsbremse zu lockern, soll die von Arbeitsminister Martin Kocher angekündigte Reform der Arbeitslosenversicherung Neu als Hebel wirken. Die IV bringt ihre Erwartung auf den Punkt: Beschäftigungsanreize stärken und vorhandene Potenziale bestmöglich nutzen. Eine zukunftsorientierte Arbeitsmarktpolitik muss die Vermittlungseffizienz erhöhen sowie Arbeit und nicht Arbeitslosigkeit fördern.

Welche Vorschläge hat die IV für die Reform? Die Industrie hat sich für die Einführung eines degressiven Arbeitslosengeldes ausgesprochen. Österreich ist das einzige Land in Europa, das Leistungen aus der Arbeitslosenversicherung zeitlich unbegrenzt auszahlt und mangels eines degressiven Verlaufs der Bezugshöhe auch vergleichsweise wenig Anreizwirkung setzt. Außerdem plädiert die IV dafür, den Leistungsbezug während geringfügiger Beschäftigung zu reformieren. Arbeitsmarktexperten argumentieren, dass eine geringfügige Beschäftigung während der Arbeitslosigkeit die Rückkehr in reguläre Beschäftigung vielfach hemmt und in weiterer Folge niedrigere Erwerbseinkünfte nach sich zieht.

Langzeitarbeitslosigkeit wieder auf Vorkrisenniveau

Ebenfalls auf dem Forderungskatalog der Industrie: Eine Entlastung bei den im internationalen Vergleich hohen Lohnnebenkosten würde Wachstum und Beschäftigung vorantreiben. Weitere Säule der Reform sollte die Stärkung beschäftigungsfördernder Maßnahmen sein, etwa die Eingliederungsbeihilfe oder der Kombilohn. Als erfolgreiches Beispiel verweist die IV auf das Programm Sprungbrett: Seit dem Rekordwert im April 2021 konnte die Langzeitarbeitslosigkeit von 148.400 Menschen um 42.800 reduziert und damit wieder in Richtung Vorkrisenniveau gesenkt werden. Darüber hinaus braucht es Anreize, um die Mobilität arbeitssuchender Menschen zu fördern, eine passgenaue, auch überregionale Vermittlung zu verstärken und betriebsnahe Qualifizierung zu forcieren. Damit einhergehend muss auch das Angebot an qualitätsvoller Kinderbetreuung entsprechend ausgebaut werden.

Es liegen zahlreiche Vorschläge auf dem Tisch. Bis Sommer sollen diese in eine Reform eingebettet und ein Gesamtvorschlag präsentiert werden. Für die Industrie ist klar: Einen wirtschaftlich nachhaltigen Aufschwung kann es nur mit ausreichenden Arbeits- und Fachkräften geben. Um im Bereich der Arbeitslosigkeit wieder zum europäischen Spitzenfeld aufzuschließen, wo Österreich schon war, wird es einer umfassenden Arbeitsmarktreform bedürfen.

IV-EMPFEHLUNGEN AUF EINEN BLICK

- Degressives Arbeitslosengeld einführen
- Lohnnebenkosten senken
- Beschäftigungsfördernde Maßnahmen stärken
- Betriebsnahe Qualifizierung fokussieren
- Qualitätsvolle Kinderbetreuung ausbauen
- Anreize für mehr Mobilität setzen

IV-PRÄSIDENT GEORG KNILL IN ORF-„PRESSESTUNDE"

Rückenwind von der Politik für die Bewältigung der aktuellen Energiekrise und der Energiewende forderte IV-Präsident Georg Knill in der ORF-„Pressestunde" im März. „Wir brauchen umgehend eine Strompreiskompensation. Dieses Instrument wird bereits in 13 anderen EU-Ländern angewendet und würde unsere energieintensiven Betriebe zielgerichtet unterstützen", so Knill, der sich zudem für einen Belastungsstopp für die Industrie aussprach. „Wir haben eine völlig neue Situation bei der Energieversorgung aufgrund der fundamentalen geopolitischen Entwicklungen. Bevor wir nun Gesetze wie Klimaschutz- oder Energieeffizienzgesetz vorantreiben, müssen diese Auswirkungen vollständig geklärt sein." Um die klimapolitische Transformation zu bewältigen, müsse die Politik ins Tun kommen: „Wir brauchen den Startschuss für dieses ausgesprochen ehrgeizige Projekt." Notwendig dafür sind etwa deutlich raschere Genehmigungsverfahren. Massive Herausforderung bleibt der Fachkräftemangel insgesamt und mit Blick auf die Corona-Pandemie plädierte der IV-Präsident für klare und einheitliche Regeln in Österreich.

Wie die heimische Industrie Nachbarschaftshilfe leistet

Im März wurden über 6,5 Mio. Euro Spenden und mehrere tausend Quadratmeter Fläche zur Verfügung gestellt.

unsere INDUSTRIE hilft

Die Betroffenheit über die schrecklichen Ereignisse in der Ukraine war und ist in der Industrie groß. Zumal zahlreiche Unternehmen mit ihren Mitarbeitern persönlich und geschäftlich mit den Menschen in Europas zweitgrößtem Land eng verbunden sind. Unmittelbar nach Kriegsausbruch hat die IV daher die Taskforce „Unsere Industrie hilft" eingerichtet. Damit möchte die IV die umfangreichen Hilfeleistungen aus der Industrie einfach und punktgenau unterstützen. So stehen den Mitgliedsunternehmen IV-Experten beratend zur Seite, indem sie etwa Betriebe und Behörden miteinander vernetzen.

Mehr als beeindruckend ist, wie viel Hilfe und Solidarität in kürzester Zeit aus den Unternehmen gekommen sind: In den ersten vier Wochen wurden mehr als 6,5 Millionen Euro gespendet. Neben Sachspenden waren und sind vor allem Unterkünfte für Vertriebene stark nachgefragt. Auch hier haben unzählige Betriebe Verantwortung übernommen: Von Büroräumlichkeiten über Hallen bis hin zu einem Schloss stellten Unternehmen bereits im März mehrere tausend Quadratmeter Fläche für geflüchtete Frauen, Männer und Kinder zur Verfügung. Darüber hinaus hat die IV den Behörden kurzfristig 50 Laptops überreicht, die für die Registrierung der Flüchtenden benötigt werden.

Für die Sach- und Geldspenden relevant: Unternehmen können diese Ausgaben von der Steuer absetzen. Laut Einkommensteuergesetz ist es möglich, solche Leistungen als Betriebsausgaben abzusetzen. Voraussetzung ist, dass die Leistungen im Zusammenhang mit akuten Katastrophenfällen getätigt werden und für das Unternehmen werbewirksam sind. Eine betragliche Obergrenze gibt es laut Wirtschaftsprüfungskanzlei BDO nicht. Steuerlich gelten die Ausgaben als „abzugsfähiger Werbeaufwand".

KONTAKT

Relevante Informationen finden Sie auf **www.iv.at**. IV-Mitglieder können sich an die IV-Experten unter **Industrie.hilft@iv.at** bzw. der Hotline **0664 841 29 23** wenden.

Fotos: Adobe Stock, tvthek.orf.at

Forschungsfinanzierung: „Fonds Zukunft Österreich“ nimmt Fahrt auf

Welche Schwerpunkte mit dem neuen zusätzlichen Finanzierungsinstrument für Spitzenforschung im Grundlagen- und anwendungsorientierten Bereich gesetzt werden und wie der FTI-Standort damit gestärkt wird.

Mit dem neuen „Fonds Zukunft Österreich“ entsteht aktuell ein zentrales Finanzierungsinstrument zur strategischen Schwerpunktsetzung für wichtige Zukunftsfelder und -technologien in Grundlagen- und angewandter Forschung. Ersetzt werden damit die Gelder der Nationalstiftung für Forschung, die Ende 2020 ausgelaufen ist. Das Bundesbudget stellt dafür bis 2025 jährlich 140 Millionen Euro zur Verfügung, womit die bisherigen Mittel kompensiert werden. Gemeinsam mit den relevanten FTI-Akteuren hatte sich die IV maßgeblich dafür eingesetzt.

Richtige Prioritäten gesetzt

Ende März haben die zuständigen Ministerien (Wirtschaft, Bildung und Klimaschutz) die strategische Weichenstellung fixiert, wie die Gelder eingesetzt werden sollen. Unter anderem sind für Förderungen im Bereich der Künstlichen Intelligenz sowie für Forschung und Entwicklung im Halbleiterbereich jeweils zehn bis zwölf Millionen Euro vorgesehen. Zehn bis 20 Millionen Euro sollen in „exzellente Forschungsgruppen“ fließen, wodurch Forschungsnetzwerke nach internationalen Standards geschaffen werden sollen. Weiters sind zehn bis zwölf Millionen Euro für anwendungsorientierte Grundlagenforschung, 20 bis 25 Millionen Euro für disruptive oder radikale Innovation und 15 bis 25 Millionen Euro für Nachwuchsförderung vorgesehen. Insgesamt sind mehr als die Hälfte der Mittel für die angewandte Forschung reserviert.

Bis Mai können die Begünstigten des Fonds, Wissenschaftsfonds (FWF), Forschungsförderungsgesellschaft (FFG), Akademie der Wissenschaften (ÖAW), Ludwig Boltzmann Gesellschaft (LBG), Christian Doppler Gesellschaft (CDG) und Austria Wirtschaftsservice (aws) Vorschläge einbringen, mit welchen konkreten Maßnahmen sie die vorgegebenen Schwerpunkte umsetzen werden. Der finale Mittelbeschluss ist für Ende Juni geplant.

Die IV sieht den „Fonds Zukunft Österreich“ und die gesetzten Schwerpunkte als entscheidenden Schritt für die zusätzliche Finanzierung von Spitzenforschung im Grundlagen- und anwendungsorientierten Bereich. Damit die Gelder rasch fließen können, müssen die konkreten Ausschreibungen bis zum Sommer dieses Jahres auf den Weg gebracht werden. Unternehmen stehen für zwei Drittel der Forschungsausgaben, daher müssen auch wichtige Formate zur Förderung der angewandten und unternehmensbezogenen Forschung im „Fonds Zukunft Österreich“ in angemessenem Ausmaß umgesetzt werden.

ZAHLEN IM BLICK

- Mit dem „Fonds Zukunft Österreich“ fließen jährlich 140 Mio. Euro in die Spitzenforschung.
- Fast 30 Prozent der österreichischen Wirtschaftsleistung verdanken wir dem Bereich Forschung und Entwicklung.
- Unternehmen stehen für zwei Drittel aller in Österreich getätigten Forschungsausgaben.

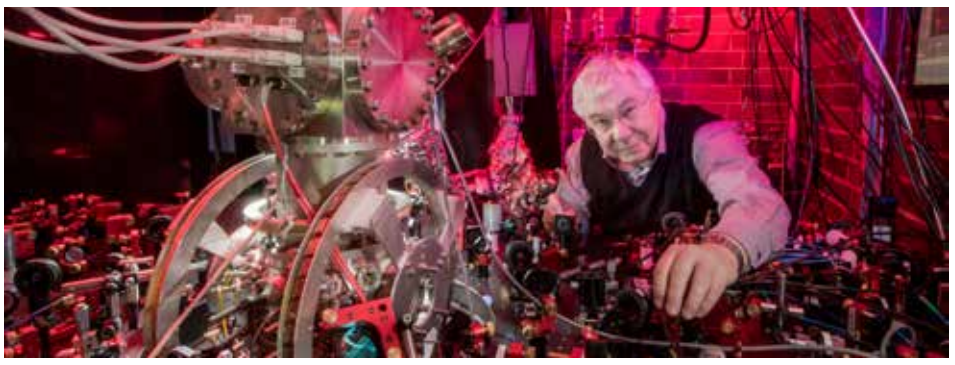
Quantencomputer werden im nächsten Jahrzehnt in klassische Computer integriert

Die Quantentechnologie als Schlüsseltechnologie für die Zukunft war zentrales Thema einer IV-Onlineveranstaltung. Wo die industriellen Anwendungen sein werden und welche Chancen sich für die Industrie bieten, darüber sprachen die iv-positionen mit dem renommierten Experimentalphysiker Rainer Blatt.

Herr Prof. Blatt, Sie sind einer der ausgewiesenen Forscher für Quantentechnologien in Österreich. In welchem Bereich arbeiten Sie gerade?
Meine Arbeitsgruppe und ich arbeiten an einem universellen Quantencomputer mit gespeicherten Ionen, wir bauen Atomuhren und wir machen Quantensimulationen für physikalische Probleme in der Grundlagenforschung. Mitarbeiter forschen in eigenen Gruppen an Quantenschnittstellen zur Übertragung von Quanteninformation von Atomen und Ionen auf Photonen und über Telekom-Fasern über große Distanzen.

Was sind zukünftige Anwendungen für Quantentechnologien in der Industrie?
Für Quantenkommunikation sind bereits Systeme auf dem Markt, Sensoren und Messtechnik werden gerade für die Industrie umgesetzt. Quantencomputer werden im nächsten Jahrzehnt zunächst in klassische Computer integriert werden, um spezielle, aber wichtige Probleme rechenbar zu machen. Langfristig bedarf es bei den Quantencomputern neben der technologischen Realisierung vor allem noch der Grundlagenforschung zur Korrektur von auftretenden Fehlern.

Österreich hat Technologieanbieter und potenzielle Anwender im produzierenden Sektor. Welche Chancen sehen Sie für die Industrie bei uns und in der EU?
Österreich hat hervorragendes Know-how auf dem Gebiet der Quantentechnologien und ist für die Zukunft gut vorbereitet. Die Ausbildung auf diesem Gebiet ist exzellent, wird national und international nachgefragt und die Absolventen haben die Kenntnisse, Quantentechnologien sehr rasch in der Industrie einzuführen. Dies stärkt auch die EU, da Österreich in der Erforschung von Quantentechnologien einen europäischen Spitzenplatz einnimmt.



Europa kann eine führende Rolle in der Quantentechnologie einnehmen und technologisch unabhängig sein. Was kann die Industrie heute konkret dafür tun?
Für die breitere Nutzung der neuen Quantentechnologien ist es notwendig, die wissenschaftlichen Erkenntnisse mit industrieller Technologie zusammenzuführen. Die Industrie hat Produktideen, ausgereifte Verfahren, Qualitätsstandards und Vertriebskanäle. Die Grundlagenforschung war und ist eine europäische Stärke, mit entsprechendem Engagement kann die Industrie in Europa dieses Potenzial heben und eine Vorreiterrolle einnehmen.

Ihr Spin-off hat enorme weltweite Konkurrenz. Andere Länder investieren Milliarden. Was braucht es, um aus Österreich heraus erfolgreich zu sein?
Wir haben in Österreich eine ausgezeichnete Ausgangslage: hervorragend ausgebildetes Personal, ein gutes Arbeitsumfeld und eine Umgebung, in der andere Urlaub machen. Größere Investitionen sind notwendig, um das technologische Umfeld zu schaffen. Das braucht Infrastruktur und einen langen Atem. Er erfordert auch weitsichtige Investoren, unbürokratische Hilfen für Start-ups, weniger Verwaltungsaufwand. Kurz: den Mut, innovativ und risikoreich die Zukunft zu gestalten.

ZUR PERSON

Rainer Blatt ist Professor für Experimentalphysik an der Uni Innsbruck und wissenschaftlicher Direktor am Institut für Quantenoptik und Quanteninformation der Österreichischen Akademie der Wissenschaften. Der Quantenphysiker zählt zu den Gründern des österreichischen Quantencomputerunternehmens Alpine Quantum Technologies GmbH (AQT), ein Spin-off der Uni Innsbruck und der Akademie der Wissenschaften. AQT entwickelt Hardware für Quantencomputer, die auf Ionenfallentechnologie aufbaut und gehört zu den Technologie-Pionieren des Weltwirtschaftsforums.
www.aqt.eu

RÜCKBLICK

Quantensprung in die Praxis stärkt Technologiesouveränität
Österreichs Wissenschaft punktet weltweit in der Quantentechnologie. Gelingt die erfolgreiche Kommerzialisierung trotz Mitbewerbern in USA und Asien? Robert Axmann (DLR), Markus Aspelmeyer (Universität Wien/ÖAW), Helmut Leopold (AIT), Stefan Rohringer (Infineon), Florian Neukart (Terra Quantum), Magdalena Hauser und Wolfgang Lechner (ParityQC) diskutierten im März bei einer IV-Online-Veranstaltung über die Chancen der Industrie. Um diese nutzen zu können, sind ein gezielter Aufbau eines Ökosystems aus Forschung, Industrie und Start-ups, frühzeitige Aneignung von Wissen durch F&E-Projekte in der Industrie sowie ein klarer Appell, in europäischen Netzwerken zu agieren, entscheidend.

Fotos: Robbie Shone, AdobeStock

Energiekosten richtig senken!

Die hohen Energiekosten sind für den Standort eine existenzielle Gefahr. Für die Industrie und ihre rund eine Million Mitarbeiter braucht es rasche Entlastung sowie mittel- und langfristige Perspektiven.

Die aktuelle Situation lässt sich nicht beschönigen: „Viele Betriebe stehen mit dem Rücken zur Wand. Der russische Überfall auf die Ukraine hat uns deutlich vor Augen geführt, wie sehr wir von russischem Gas abhängig sind – und wie international eng vernetzt die europäische Industrie und Wirtschaft arbeiten. Beeinträchtigte oder abgerissene Lieferketten, sinkende Nachfrage und Investitionen sowie eine massive Unsicherheit, wie es weiter geht – das ist Gift für Industrie und Standort", bringt IV-Präsident Georg Knill den Status quo auf den Punkt. Um das Ausmaß zu verdeutlichen: Die Kosten für Gas liegen derzeit beim siebenfachen des Vorkrisenniveaus 2019, der Strompreis beim fünffachen. Und auch im EU-Vergleich steht Österreich schlechter da: So sind die Kosten für Strom um etwa 15 Prozent teurer als in Deutschland. Am Ball ist jetzt die Politik: „Wenn die Politik nicht gegensteuert, werden wir unsere Industrie und damit unseren Wohlstand in der heutigen Form so nicht aufrechterhalten können", so Knill, der auch auf einen entsprechenden „Offenen Brief" verweist, den die Industriellenvereinigung Ende März an Energieministerin Leonore Gewessler gerichtet hat (siehe Kasten).

> *„Wir unterstützen die notwendige grüne Transformation, brauchen dafür aber auch wirksame Unterstützung durch die Politik."*
>
> Georg Knill
> IV-Präsident

Österreichs Produktionssektor und seine rund eine Million Mitarbeiter brauchen rasche Entlastung und eine langfristige Perspektive. Ein möglicher Ausfall russischer Gaslieferungen, wie er Ende März und Anfang April drohend im Raum stand, hätte verheerende Auswirkungen auf die österreichische Volkswirtschaft: „Ohne Stahl keine Autoproduktion, ohne Papier keine Verpackung für Lebensmittel oder Medikamente. Kurzfristig gibt es keine Alternative zu russischem Gas, mittelfristig müssen wir diversifizieren, langfristig erneuerbare Energien ausbauen", stellt IV-Generalsekretär Christoph Neumayer klar. Die Industriellenvereinigung fordert vor diesem Hintergrund die Umsetzung kurz-, mittel- und langfristiger Maßnahmen, kurz einen gemeinsamen „Masterplan".

Kurzfristig: Betriebe treffsicher entlasten

„Zuerst braucht es kurzfristig rasche und vor allem treffsichere Unterstützungsmaßnahmen wie die Strompreiskompensation", so IV-Präsident Georg Knill. Diese Beihilfe für stromintensive Unternehmen zur Kompensation indirekter CO_2-Kosten ist treffsicher und in 14 europäischen Staaten im Einsatz. Für die IV ist ein Modell nach deutschem Vorbild wünschenswert. Dies würde eine Entlastung eines niedrigen dreistelligen Millionenbetrags für jene stromintensiven Unternehmen bringen, die es am dringendsten brauchen. Außerdem fordert die Industriellenvereinigung ein Moratorium oder Aussetzen für Maßnahmen auf nationaler oder europäischer Ebene, die Unternehmen in dieser herausfordernden Zeit zusätzlich belasten würden. „Eine falsch umgesetzte Dekarbonisierung darf nicht zu einer Deindustrialisierung führen. Wir haben eine völlig neue Situation bei der Energieversorgung aufgrund der fundamentalen geopolitischen Entwicklungen mit weitreichenden Folgen für die Energieversorgungssicherheit in Österreich und Europa. Bevor wir nun Gesetze wie Klimaschutz- oder Energieeffizienzgesetz vorantreiben, müssen diese Auswirkungen vollständig geklärt sein", so Knill.

Kurzfristig wirksam ist auch die (bisherige) Positionierung Österreichs auf EU-Ebene gegen jede Art eines Gasembargos gegen Russland. IV-Generalsekretär Neumayer: „Die Lage ist ernst – die Energieversorgung Österreichs steht auf dem Spiel. Tritt der Extremfall einer Drosselung oder Aussetzung der russischen Gaslieferungen ein, haben wir eine Energiekrise in derzeit noch nicht vorstellbarem Ausmaß." Die Industrie kritisierte daher Ende März das Krisenmanagement im Klimaschutzministerium als „angesichts der Lage völlig unzureichend". Der Vorschlag lautete: Ein Energie-Staatssekretär sollte sich direkt im Bundeskanzleramt ausschließlich den aktuellen Herausforderungen widmen. Auf den Punkt gebracht: „Energiepolitik muss jetzt Chefsache werden. Das Ziel ist Autonomie, Autarkie ist unmöglich."

Mittelfristig: Diversifizieren und entideologisieren

Aus Sicht der Industrie ist es wichtig, die bisherige Energiedebatte zu entideologisieren. „Die Energiepolitik muss weg von einer ideologisch geführten Diskussion hin zu einer zukunftsorientierten, offenen und technologieneutralen Debatte", so IV-Generalsekretär Christoph Neumayer. In der mittelfristigen Perspektive muss es vorrangig um eine Diversifizierung der derzeitigen europäischen Energieversorgung gehen, wobei die Golf-Staaten wichtige strategische Partner sind. „Darüber hinaus müssen wir ebenso den Ausbau komplementärer emissionsfreier Energiequellen vorantreiben, wodurch sich der Bedarf an Gasenergie reduzieren, aber nicht vollends substituieren lässt." Was die Erdgasbevorratung betrifft, unterstützt die IV den Aufbau einer strategischen Reserve, auf die sowohl Haushalte als auch Industrie im Krisenfall zugreifen können. „Die Bevorratung ist durch die aktuell in die Höhe getriebenen Preise mit einem sehr hohen finanziellen Risiko verbunden, das nur vom Staat übernommen werden kann", argumentiert Knill. Mittelfristiges Ziel hinsichtlich der Gasversorgung muss es sein, frei aus einem differenzierten Lieferantenkreis wählen zu können, um damit nicht auf Gedeih und Verderb von einem Lieferanten abhängig zu sein. Besonders wichtig ist auch der Ausbau von LNG-Kapazitäten.

Klar müsse allen in der Politik jedenfalls eines sein, so Knill: „Österreich wird aufgrund seiner geografischen Lage sowie den starken saisonalen Einflüssen auf die erneuerbare Energiegewinnung nicht in der Lage sein, seinen Energiebedarf durch erneuerbare Energiequellen im Inland vollständig zu decken. Daher werden wir immer auf komplementäre Energiequellen und Energietransporte und auf klimaneutralen Wasserstoff angewiesen sein."

> *„Die Energiepolitik muss weg von einer ideologisch geführten Diskussion hin zu einer zukunftsorientierten, offenen und technologieneutralen Debatte."*
>
> Christoph Neumayer
> IV-Generalsekretär

Langfristig: Berechenbare Transformation wirksam unterstützen

Ein wichtiger, langfristig wirksamer Hebel für eine sichere Energieversorgung ist die drastische Beschleunigung der Genehmigungserfahren, um damit den Anteil erneuerbarer Energie aus heimischer Produktion zu erhöhen. „Die Grünen haben durch unnötige Verzögerungen des EAG den Ausbau der

Fotos: Adobestock

erneuerbaren Energien gedämpft. Zahlreiche Unternehmen waren bereits in den Startlöchern, um den Ausbau der erneuerbaren Energien voranzutreiben. Leider sind zahlreiche Projekte so auf die lange Bank geschoben worden", kritisiert der IV-Präsident. Mehr Zukunftsorientierung erwartet er auch mit Blick auf die Wasserstoffwirtschaft: „Was heute Erdgas ist, wird in Zukunft Wasserstoff sein. Klimaneutraler Wasserstoff kann zum zentralen Energieträger insbesondere für industrielle Prozesse werden. Dies erfordert die grundsätzliche politische Offenheit für alle Arten von klimaneutralem Wasserstoff sowie das Zulassen von Wasserstoffimporten in großem Umfang", so Knill. Besonders wichtig für den erfolgreichen Ausstieg aus fossilen Energieträgern: Die heimische Industrie muss durch einen langfristig aufgesetzten Transformationsfonds bei der Gestaltung der Energiewende unterstützt werden. Die Größenordnung soll sich an den Versteigerungserlösen orientieren, die mittlerweile über 300 Millionen pro Jahr ausmachen.

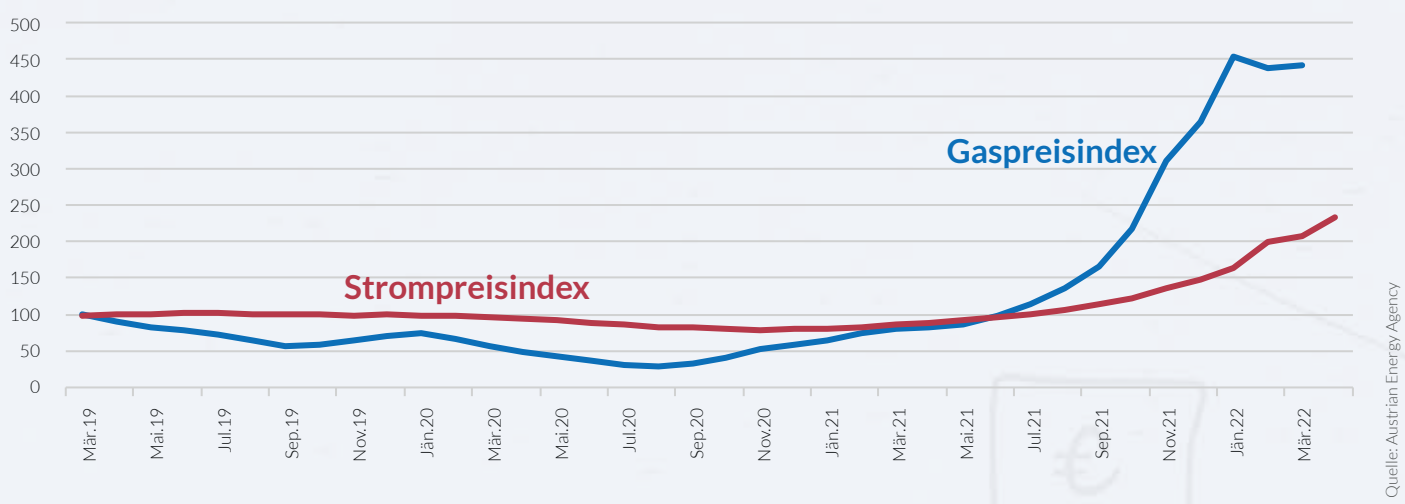
Für IV-Präsident Georg Knill ist klar: „Wir haben aufgrund der fundamentalen geopolitischen Entwicklungen eine völlig neue Situation bei der Energieversorgung. Wir unterstützen die notwendige Transformation, brauchen dafür aber auch wirksame Begleitung und Unterstützung durch die Politik."

IV-FAKTENCHECK

43

Bis 2030 will Österreich seinen Strombedarf rein rechnerisch zu 100 Prozent aus erneuerbaren Quellen decken. Um dieses Ziel des Erneuerbaren Ausbau Gesetzes (EAG) zu erreichen, erfordert das 43 Milliarden Euro an Investitionen. Rund 25 Milliarden Euro davon sind für Projekte zum Ausbau der Erzeugung von sauberem Strom notwendig. Die Modernisierung und Digitalisierung der Netze benötigen Investitionen von etwa 18 Milliarden Euro. Wenn man die Klima- und Energieziele ernst nimmt, dann bedeutet das auch ein gewaltiges Investitionsprogramm. Umso wichtiger ist, dass die Politik endlich den Startschuss setzt, etwa durch raschere und effizientere Genehmigungsverfahren oder den Beschluss bisher ausständiger Gesetze und Richtlinien.

Preise für Gas und Strom gehen durch die Decke

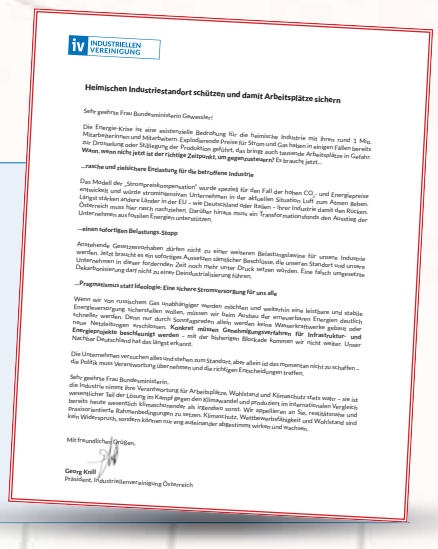


MASSIV BEEINTRÄCHTIGTE LIEFERKETTEN

Die Produktion in Europa ist nicht nur durch horrende Energiepreise, sondern auch die eingeschränkte Verfügbarkeit bedeutender Vorprodukte und Rohstoffe beeinträchtigt. Gerade aus Russland und der Ukraine kommen viele Ressourcen, die für die industrielle Produktion nicht wegzudenken sind, wie Beispiele zeigen: So wird Nickel für die Stahlerzeugung und Automobilindustrie benötigt, Aluminium für Bauwesen und Maschinenbau, Palladium für die Automobil- und Elektronikindustrie, Kobalt für Batterien und Magnete, Neon-Gas für die Elektronikindustrie bzw. Lasertechnik, Eisenerz für die Stahlerzeugung und Holz für Sägewerke und Holzbau.

OFFENER BRIEF

Vor dem Hintergrund steigender Inflation und horrender Energiepreise hat sich die heimische Industrie in einem offenen Brief im März an Bundesministerin Leonore Gewessler gewendet. Darin wurde der Appell an die Energieministerin gerichtet, die energieintensive Industrie rasch und zielgerichtet zu entlasten, anstehende Belastungen vorläufig auszusetzen sowie eine leistbare und stabile Stromversorgung sicherzustellen.


iv INDUSTRIELLEN VEREINIGUNG

Heimischen Industriestandort schützen und damit Arbeitsplätze sichern

Sehr geehrte Frau Bundesministerin Gewessler!

Die Energie-Krise ist eine existenzielle Bedrohung für die heimische Industrie mit ihren rund 1 Mio. Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Explodierende Preise für Strom und Gas führen in einigen Fällen bereits zur Einstellung oder Stillegung der Produktion. Das bringt auch tausende Arbeitsplätze in Gefahr. **Wenn, wenn nicht jetzt ist der richtige Zeitpunkt, um gegenzusteuern?** Es braucht jetzt...

...rasche und zielsichere Entlastung für die betroffene Industrie

Das Modell der „Strompreiskompensation", wurde speziell für den Fall der hohen CO_2- und Energiepreise entwickelt und würde stromintensiven Unternehmen in der aktuellen Situation Luft zum Atmen geben. Längst stützen andere Länder in der EU – wie Deutschland oder Italien – ihre Industrie damit den Rücken. Österreich muss hier rasch nachziehen. Darüber hinaus muss ein Transformationsfonds den Ausstieg der Unternehmen aus fossilen Energien unterstützen.

...einen sofortigen Belastungs-Stopp

Anstehende Gesetzesvorhaben dürfen nicht zu einer weiteren Belastungslawine für unsere Industrie werden. Jetzt braucht es ein sofortiges Aussetzen sämtlicher Beschlüsse, die unseren Standort und unsere Unternehmen in dieser fordernden Zeit noch mehr unter Druck setzen würden. Eine falsch umgesetzte Ökoerhöhung darf nicht zu einer Deindustrialisierung führen.

...Pragmatismus statt Moralpolitik: Eine sichere Stromversorgung für uns alle

Wenn wir von nunmehr Gas-Importabhängigkeit werden möchten und weitestgehend eine leistbare und stabile Energieversorgung sicherstellen wollen, müssen wir beim Ausbau der erneuerbaren Energien deutlich schneller werden. Denn nur durch Sonnenpanelen, allein, werden keine Wasserkraftwerke gebaut oder neue Netzleitungen errichtet. **Konkret meinen Genehmigungsverfahren für Infrastruktur- und Energieprojekte beschleunigt werden** – mit der Bürgerin, Bürgerude Kommen wir nicht weiter. Unser Nachbar Deutschland hat das längst erkannt.

Die Unternehmen versuchen allen voraustehen zum Standort, aber allein ist den momentan nicht zu schaffen – die Politik muss Verantwortung übernehmen und die richtigen Entscheidungen treffen.

Sehr geehrte Frau Bundesministerin,
die Industrie nimmt ihre Verantwortung für Arbeitsplätze, Wohlstand und Klimaschutz stets wahr – sie ist wesentlicher Teil der Lösung im Kampf gegen den Klimawandel und produziert im internationalen Vergleich bereits heute wesentlich klimaschonender als irgendwo sonst. Wir appellieren an Sie, realistische und praxisorientierte Rahmenbedingungen zu setzen. Klimaschutz, Wettbewerbsfähigkeit und Wohlstand sind kein Widerspruch, sondern können nur eng miteinander abgestimmt wirksam und wachsen.

Mit freundlichen Grüßen,

Georg Knill
Präsident, Industriellenvereinigung Österreich

„JETZT DROHT EINE KRISE IN TEILEN DER INDUSTRIE"

IV-Chefökonom Christian Helmenstein über die wirtschaftlichen Folgen des Ukraine-Kriegs.

INTERVIEW

ZUR PERSON:

Christian Helmenstein ist Chefökonom der Industriellenvereinigung und Geschäftsführer des Wirtschaftsforschungsinstitutes Economica.

Wie stark wird das Wachstum durch den Krieg sinken?

Im März haben wir unsere bisherige Wachstumsprognose wegen des Kriegs in der Ukraine um einen Prozentpunkt auf 3,25 Prozent gesenkt: Einer der beiden hauptsächlich dämpfenden Faktoren sind die fehlenden Exporte nach Russland und in die Ukraine. Das macht ungefähr die Hälfte des Effektes aus. Die andere Hälfte des Effektes kommt durch die höhere Inflation zustande. Wenn es zu einem Stopp der Energieexporte aus Russland nach Westeuropa käme, würde das gesamtwirtschaftliche Wachstum gegen null sinken, wir gerieten in eine Stagflation.

Was ist der Unterschied zur Corona-Krise?

Im Gegensatz zu COVID-19 erleben wir jetzt eine Krise von Teilen der Industrie. In den vergangenen beiden Jahren waren es die Unternehmen aus dem produzierenden Bereich und den industrienahen Dienstleistern, die als Wachstumslokomotive fungiert und damit auch den Arbeitsmarkt weitgehend stabilisiert haben.

Wie muss die Politik auf die Krise reagieren?

Seit der Insolvenz von Lehman Brothers im Jahre 2008 haben wir die große Zeit der Geldpolitik erlebt. Durch eine ultraexpansive Geldpolitik wurde der Versuch unternommen, einerseits Zeit für die Strukturpolitik zu kaufen und andererseits die Tragfähigkeit der hohen Staatsverschuldung zu ermöglichen. Das Jahr 2022 markiert eine Zeitenwende: Das Arsenal einer stimulierend wirkenden Geldpolitik ist nicht nur erschöpft, sondern schon seit geraumer Zeit überstrapaziert. Es bedarf einer längst fälligen Kurskorrektur in der Geldpolitik, um der Erosion des Geldwertes entgegenzuwirken. Zugleich beginnt jetzt eine neue Ära der Fiskalpolitik. Dabei ist der Fiskus aufgerufen, durch einen richtig angelegten Entlastungskurs seinerseits zur Preisstabilität beizutragen. Handlungsbedarf gibt es hier insbesondere bei den Kosten für den Faktor Arbeit: Von Entlastungen bei den Arbeitszusatzkosten würden Beschäftigte wie Unternehmen profitieren.

„In den vergangenen beiden Jahren waren es die Unternehmen aus dem produzierenden Bereich und den industrienahen Dienstleistern, die als Wachstumslokomotive fungiert haben."

Wie die Industrie mehr Frauen für Aufsichtsräte gewinnen will

Das IV-„Netzwerk Wettbewerbsfähigkeit" hat ein „Sparring-Programm" entwickelt, das Anfang April an den Start gegangen ist.

Vergangenen Herbst hat die IV das „Netzwerk Wettbewerbsfähigkeit" gegründet. Unter der Leitung von IV-Vizepräsidentin und Infineon Austria-CEO Sabine Herlitschka sowie TTTech-CEO Georg Kopetz stehen hier verschiedene Facetten des Themas Wettbewerbsfähigkeit durch Diversität im Fokus. Ebenfalls auf der Agenda: Maßnahmen, um den Fachkräftemangel zu lindern, konkret durch qualifizierte Zuwanderung oder Zusammenarbeit in altersgemischten Teams. Weiteres Ziel ist es, mehr Frauen für Funktionen in Aufsichtsräten zu gewinnen. Dafür wurde in den vergangenen Monaten in Zusammenarbeit mit dem Verein abz*Austria ein eigenes Programm für die Industrie entwickelt.

Zielgruppe sind in der Industrie beschäftigte Frauen, die eine Position in einem Aufsichtsrat anstreben und bereits die formalen Voraussetzungen oder äquivalente Qualifikationen dafür mitbringen. Diese werden in einem umfassenden Prozess mit erfahrenen, aktiven Mitgliedern von Aufsichtsräten zusammengebracht. Dabei stellen auch zahlreiche IV-Funktionäre ihre Expertise zur Verfügung und erhöhen damit die Qualität des Programms.

Beim „Sparring-Programm" kommen Elemente aus dem Mentoring zum Einsatz und werden mit ausgesuchten Vernetzungs- und Reflexionsformaten kombiniert: Die Beziehung zwischen der erfahreneren Person und der jüngeren Person steht im Mittelpunkt, wodurch der vertrauensvolle, wechselseitige Austausch zwischen beiden Personen gefördert wird. Das generationenübergreifende Miteinander stellt einen unschätzbaren Vorteil für die beteiligten Organisationen zum Thema demografischer Wandel und zum Verständnis der zu erwartenden Veränderungen dar. Beide Seiten bauen ein tragfähiges Netzwerk mit Führungskräften und zukünftigen Aufsichtsräten auf. Im ersten Durchgang haben sich 18 „Tandem-Paare" gefunden, die sich im Laufe des zwölf Monate dauernden Programms regelmäßig zu Einzelterminen treffen. Dazwischen sind hochkarätige Vernetzungsveranstaltungen vorgesehen, der offizielle Kick-Off fand Anfang April im Haus der Industrie statt.

Für die Wirtschaft ist der Umgang mit Pluralität zu einem der wichtigsten Zukunftsthemen und Diversität zum Business Case geworden. Gerade in Zeiten des Mangels an qualifiziertem Personal wird es entscheidend sein, wohin die besten Köpfe gehen und wie agil Unternehmen auf die sich rasch ändernden globalen Rahmenbedingungen reagieren. Das neue Sparring-Programm soll hier einen Beitrag leisten.

KONTAKT

Melanie Eckl-Kerber
melanie.eckl-kerber@iv.at

Startschuss für zweite Breitbandmilliarde gegeben

IV-AKTUELL

Bis 2030 soll Österreich flächendeckend mit Breitband versorgt sein. Dieses Ziel hat sich die Bundesregierung gesetzt, laut deren Angaben derzeit 43 Prozent der österreichischen Haushalte mit gigabitfähigen Anschlüssen ausgerüstet sind. Um weiter voranzukommen, wurde im März der Startschuss für die Auszahlung einer zweiten Breitbandmilliarde in Höhe von 1,4 Milliarden Euro gegeben.

Für die Industrie ist die finanzielle Schwerpunktsetzung für den Breitbandausbau ein Gebot der Stunde. Gerade im Sinne der fortschreitenden Digitalisierung sind leistungsstarke und zuverlässige Datenverbindungen Voraussetzung für Wettbewerbsfähigkeit und wirtschaftlichen Erfolg von morgen. Doch der Weg ist noch weit: Um das Ziel bis 2030 zu erreichen, beläuft sich der gesamte Investitionsbedarf laut Breitbandbüro des Bundes auf zehn bis zwölf Milliarden Euro. Entscheidend sind dafür die Investitionen durch die bestehenden privaten Infrastrukturbetreiber.

Ausgezahlt wird die zweite Breitbandmilliarde im Rahmen von Förderprogrammen. Erste Calls belaufen sich auf 660 Mio. Euro: Zwei davon sind „Access" (150 Mio. Euro) und „OpenNet" (450 Mio. Euro), die sich an Infrastruktur- und Telekommunikationsbetriebe sowie an Landesgesellschaften oder Gemeinden richten. Mit ersterem soll die Verfügbarkeit von gigabitfähiger Kommunikationsinfrastruktur in jenen Gebieten Österreichs erhöht werden, die aufgrund eines Marktversagens nicht oder nur unzureichend durch einen privatwirtschaftlichen Ausbau erschlossen werden. „OpenNet" soll es zudem Förderwerbern ermöglichen, größere Projekte zu planen und umzusetzen.

Und hier orten Experten einen Wermutstropfen: Während neu geschaffene Infrastrukturgesellschaften, die sich teilweise im Eigentum der öffentlichen Hand befinden, zu beiden Programmen Zugang haben, sind private Telekombetreiber von „OpenNet" defacto ausgeschlossen. Dabei stemmen gerade diese Unternehmen den Großteil der Investitionen in die digitale Infrastruktur des Landes. Wünschenswert wäre zudem eine Weiterentwicklung der Förderinstrumente in Richtung einer stärkeren Nachfrageorientierung. Für die Industrie bleibt weiter entscheidend: Mit einem modernen Regime für die Bereiche Netzausbau und Infrastrukturnutzung könnte der digitale Investitionsstandort Österreich im Dialog mit der betroffenen Industrie weiter gestärkt werden.

50 Jahre Dr. Franz Josef Mayer-Gunthof-Stiftung

Heuer feiert die Dr. Franz Josef Mayer-Gunthof-Stiftung der Industriellenvereinigung ihr 50-jähriges Bestehen. Seit 1962 unterstützt die Industrie damit „Studien zur Kompetenzbeschaffung und zur Vertiefung der jeweiligen fachlichen Fremdsprachenkenntnisse an internationalen Spitzeninstituten in Bildung, Wissenschaft und Forschung". Anlässlich des Jubiläums werden 2022 drei Exzellenzstipendien vergeben: Dabei wird die erstplatzierte wissenschaftliche Arbeit mit 10.000 Euro ausgezeichnet, die beiden weiteren mit jeweils 7.500 Euro. Einsendeschluss für Bewerbungen ist der 31. August 2022.

WEBTIPP

Weitere Informationen finden Sie unter:
www.iv.at

Maßnahmen gegen explodierende Energiepreise gesucht

Im März geisterte es als Scherz durch soziale Medien, der Hintergrund war aber mehr als ernst. „Hat jemand die Energieministerin gesehen?" Flugblätter mit dieser Aufschrift hängten Unbekannte in Wien auf Laternenmasten. Nachsatz: „Die Energiepreise explodieren und sie ist nicht auffindbar!" Diese Initiative sollte mit Augenzwinkern verdeutlichen, wie gravierend die Belastung für Unternehmen, Haushalte und den Standort insgesamt geworden ist.

Fotos: AdobeStock

Am Weg zum 5-Sterne-Industrieland

IV-Kärnten-Präsident Timo Springer präsentierte der Jungen Industrie die Roadmap, wie Kärnten zu einem der wachstumsstärksten Bundesländer werden soll.

Kärnten soll zum 5-Sterne-Industrie- und Technologieland in Österreich und darüber hinaus werden. Ehrgeiziges Ziel der von der IV-Kärnten entwickelten Roadmap ist es, bis 2024 eines der drei wachstumsstärksten Bundesländer zu werden. Das Programm zeigt, wo die aktuellen Herausforderungen und Probleme in Kärnten liegen und, noch wichtiger, welche Maßnahmen gesetzt werden müssen, um Kärnten zu einem wesentlichen 5-Sterne-Industriestandort zu entwickeln. IV-Kärnten-Präsident Timo Springer sprach im Rahmen einer JI-Veranstaltung im Klagenfurter Lustgarten die wesentlichsten Punkte an, die man dafür umsetzen müsse. „Wir haben Nachholbedarf in den Bereichen Infrastruktur- und Bildungspolitik, Innovation und Image der Industrie", meint Springer. Der Industriestandort müsse gestärkt und breiter aufgestellt und das gute Image der Industrie sichtbar gemacht werden. Kärntens Forschung hänge aktuell an zu wenigen Leitbetrieben, „es gibt zu wenige forschende und entwickelnde Einheiten", so Springer. Wichtig sei außerdem, dass sich Industrieunternehmen entlang der Wertschöpfungsketten um diese Leitbetriebe herum ansiedeln, miteinander kooperieren und sich vernetzen – und das nach Möglichkeit in wachsenden Schlüsselbranchen.

IV-Kärnten-Präsident Timo Springer sieht Nachholbedarf in den Bereichen Infrastruktur- und Bildungspolitik, Innovation und Image der Industrie.

Green Deal: Es fehlt uns die Zeit

Ein spannender und aktueller Diskussionspunkt war der Themenkomplex Energie, Klima und Green Deal. Ein Unternehmen CO_2-neutral zu bekommen, sei eine große Herausforderung: „Die Themen Energie und Klima beißen sich. Es fehlen die Technologien und die Ideen, die es in Zukunft ermöglichen könnten, bis 2040 CO_2-neutral zu werden", ist Springer überzeugt. „Wie soll das ohne die dafür notwendigen Technologien gelingen?" Das Verständnis, wo bei steigendem Bedarf die Kapazitäten an elektrischer Energie herkommen sollen, sei nicht vorhanden. Allein eine klimaneutrale Industrie benötige bis 2040 doppelt so viel Strom und grüne Energie wie heute. „Die Industrie ist nicht gegen den Wandel in Richtung Green Deal, aber wir brauchen Augenmaß, Vernunft und Zeit", stellt Springer klar.

Springer schloss mit einem Appell: Am Weg zum 5-Sterne-Industrie- und Technologieland müsse Kärnten dringend seine Defizite aufarbeiten. „Wenn die Anforderungen so umgesetzt werden wie in der Roadmap beschrieben, schaffen wir es, bis 2024 zu einem der wachstumsstärksten Bundesländer zu werden". Springer fordert daher die Mitglieder der Jungen Industrie auf: „Kommunizieren Sie die Themen, vernetzen Sie sich und lernen Sie voneinander. Versuchen Sie, gute Lösungen zu finden und zu entwickeln".

Investitionen in Elementarbildung gefordert

Die Junge Industrie fordert dringend mehr Mittel für die frühkindliche Bildung und Betreuung – die Qualität der entsprechenden Angebote ist in Österreich vom Wohnort abhängig.

Im März sind Kindergarten- und Hortpädagogen gleich zweimal auf die Straße gegangen, um bessere Bedingungen für ihre Berufsgruppe zu fordern. Dafür habe er ein „gewisses Verständnis", wie der stellvertretende JI-Bundesvorsitzende Nikolaus Griller ausführt: „Eigentlich sollten solche Maßnahmen nicht notwendig sein. Es herrscht breiter Konsens darüber, dass mehr Investitionen in die Elementarbildung in Österreich erstens dringend notwendig sind und sich zweitens auf lange Sicht ohnehin selbst finanzieren. Der Staat würde, wie auch in der Vergangenheit, durch ein Mehr an Beschäftigung auch mehr Steuereinnahmen generieren." In Wien sei man, auch bei der Verfügbarkeit qualitativ hochwertiger Bildungsangebote für unter-3-Jährige, vergleichsweise gut aufgestellt, aber „wir wissen, dass es in manchen Bundesländern anders aussieht. In Österreich hängt das Angebot elementarpädagogischer Einrichtungen damit vom Wohnort ab. Das ist nicht zeitgemäß und eine Belastung für die angestrebte bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf", so Griller.

So brauche es einmal den reinen Ausbau vorhandener Angebote: „Wir benötigen rund 10.000 Betreuungsplätze für unter-3-Jährige, um das Barcelona-Ziel von 33 Prozent zu erreichen. Zudem braucht es echte, ganztägige und ganzjährige Angebote sowie bundesweit einheitliche Qualitätskriterien." In der Ausbildung von qualifiziertem Personal brauche es des Weiteren einen Qualitäts- und Quantitätsschub, wie Griller ausführt: „Das wird uns einiges kosten, aber die bestmögliche Bildung und Betreuung unserer Kleinsten muss uns das wert sein. Es wird hier auch darum gehen, den Pädagoginnen und Pädagogen endlich jene Wertschätzung entgegenzubringen, die sie verdient haben." Aus Sicht der JI brauche es daher dringend eine Investitionsoffensive im Bereich der Elementarpädagogik.

JI-FACTBOX

1 Prozent des BIP
So viel wird im EU-Schnitt in die frühkindliche Bildung investiert. In Österreich sind es lediglich 0,7 Prozent.

Reformdiskussion jetzt? Ja, gerade jetzt!

Derzeit wird wieder einmal viel Geld verteilt. Irgendwann wird man die entsprechenden Schulden auch bezahlen müssen. Zeit, längst fällige Reformen endlich anzugehen.

Es herrscht Krieg, Corona feiert immer wieder fröhliche Urständ und die Klimakrise bleibt auch aktuell. Klar, dass da keiner viel über Einsparungen und ausgabenseitige Reformen reden will. In der Krise müsse man investieren. Mag sein, mag auch sein, dass es ohne weitere krisenbedingte Ausgaben nicht gehen wird.

Dennoch ist es gerade jetzt höchste Zeit, darüber zu sprechen, wer den entsprechenden Schuldenberg abtragen wird müssen. Schon vor Corona und dem Krieg in der Ukraine war Österreich höher verschuldet als uns lieb sein kann. Versuche, einen ausgeglichenen Haushalt oder gar Überschüsse zu erzielen, gab es in Österreich noch nicht so oft.

Warum man bereits jetzt, mitten in dieser schwierigen Situation, über die Ausgaben des Staates reden sollte, ist simpel: Strukturelle Maßnahmen, etwa bei den Pensionen oder in der Verwaltung, können viel Geld bringen, brauchen aber auch eine gewisse Zeit, ihre Wirkung zu entfalten. Den besten Zeitpunkt für solche Maßnahmen vor 15 bis 20 Jahren haben wir ohnehin verpasst. Je früher wir also ernsthafte Reformanstrengungen zu diskutieren beginnen, desto besser.

Eine Anmerkung zum Krieg in der Ukraine: Klar, dass dieser so schnell wie möglich vorübergehen muss. Aber es wird irgendwann auch ein „nach dem Krieg" geben. Als Europa müssen wir dann, so schwer es fallen mag, neue Wege zu einem nachhaltigen Frieden finden. Mahatma Ghandi meinte: „Aug um Aug, Zahn um Zahn macht die ganze Welt blind." Ein Ausweg aus dem Zirkel von Aggression und Gegenaggression wird nur gelingen, wenn wir möglichst rasch wieder friedliche Beziehungen zu all unseren Nachbarn knüpfen können. Das wird nicht einfach, ist aber ein Muss.

Last but not least gilt bei alledem eine, wenn nicht die wichtigste Lehre, die uns diese Pandemie bisher gelehrt hat: Die einzig immer geltende Regel ist die der Eigenverantwortung des einzelnen Bürgers – keineswegs nur bei Corona.

Herzlichst Euer

Matthias Unger,
Bundesvorsitzender der Jungen Industrie

IMPRESSUM

Herausgeber, Medieninhaber und Redaktion: Vereinigung der Österreichischen Industrie (Industriellenvereinigung), Schwarzenbergplatz 4, 1031 Wien, Tel.: 01/711 35-2308, E-Mail: positionen@iv.at, Homepage: www.iv.at, ZVR: 806801248, LIVR-N.: 00160, EU-Transparenzregister Nr.: 89093924456-06, Vereinszweck gemäß § 2 Statuten: Die Industriellenvereinigung (IV) bezweckt, in Österreich tätige industrielle und im Zusammenhang mit der Industrie stehende Unternehmen sowie deren Eigentümer, Organmitglieder und Führungskräfte in freier und demokratischer Form zusammenzufassen; ihre Interessen besonders in beruflicher, betrieblicher und wirtschaftlicher Hinsicht auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene zu vertreten und wahrzunehmen, industrielle Entwicklungen zu fördern, Rahmenbedingungen für Bestand und Entscheidungsfreiheit des Unternehmertums zu sichern und Verständnis für Fragen der Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung zu verbreiten.

Chefredaktion: Robert Albrecht, Stefan Tilsner. Lektorat: Barbara Oberrauter-Zabransky. Verantwortlich für den Inhalt: Christian Zoll, Joachim Haindl-Grutsch, Johannes Höhrhan, Eugen Stark, Claudia Mischensky, Gernot Pagger, Ingrid Puschautz-Meidl, Michaela Roither, Irene Schulte.

Für den Inhalt der letzten drei Seiten zeichnet die jeweilige Landesgruppe verantwortlich.

Grafikdesign: des21 | Matthias Penz

Druck: BULU - Buchdruckerei Lustenau GmbH, 6890 Lustenau. Erscheinungsort: Wien. Offenlegung nach § 25 des Mediengesetzes: iv-positionen erscheint 10x jährlich in einer Auflage von 8.300.

Unternehmensgegenstand: Information zu industrie- und gesellschaftspolitischen Themen für Mitglieder der Industriellenvereinigung und Meinungsträger in Österreich. Siehe auch unter www.iv.at

Fotos (Cover bzw. Coverstory): AdobeStock

Aus Gründen der leichteren Lesbarkeit wird auf geschlechtsspezifische Endungen verzichtet.

Die verwendeten Bezeichnungen beziehen sich auf alle Geschlechter gleichermaßen.

Fotos: JI/Prant, Puch Johannes

IV-Niederösterreich trauert um Andreas Stefenelli

Das langjährige Vorstandsmitglied ist am 5. März unerwartet verstorben.

Herr KR Mag. Andreas Stefenelli, zuletzt Geschäftsführer der Stauss Perlite GmbH aus St. Pölten und seit 2006 Mitglied des Vorstands der IV-Niederösterreich ist im 64. Lebensjahr verstorben. Die IV-NÖ hat Andreas Stefenelli als aktives und interessiertes Vereinsmitglied kennengelernt, dessen Beiträge zum Vereinsleben sehr geschätzt wurden. In seinen Funktionen als Mitglied des Vorstands der IV-NÖ und als Industriegruppensprecher für den Zentralraum hat er die Interessen der Industrie in unserem Bundesland höchst engagiert und mit Nachdruck vertreten. Persönlich wird vor allem seine fröhliche Art und sein positives Wesen fehlen. Er hinterlässt eine tiefe Lücke in unserem Vereinsleben.

Blackout: Resilienz durch strategische Vorbereitung

Der Industriestammtisch Mostviertel stand ganz unter dem Motto Versorgungssicherheit – ein Thema, das in Zeiten der Pandemie und hoher Energiepreise sowie nicht zuletzt aufgrund des Krieges in der Ukraine aktueller ist als je zuvor.

Als externer Vortragender war der bekannte Blackout- und Krisenvorsorgeexperte und Major a. D. Herbert Saurugg zu Gast bei dem Online-Stammtisch am 21. März. Seine wichtigste Botschaft im Zusammenhang mit dem Thema Blackout: „Jeder wäre betroffen, das heißt, jeder kümmert sich in erster Linie mal um sich selbst. Es gibt keine Hilfe.“ Umso wichtiger sei es daher, rechtzeitig Vorkehrungen für den Ernstfall zu treffen – das gilt nicht nur für Privathaushalte, sondern auch für Unternehmen. Bei einem Blackout handelt es sich nicht nur um einen großflächigen Stromausfall, auch die Internetanbindung sowie die Wasserversorgung wären unterbrochen.

Einmal mehr erhöht hat sich das Blackout-Risiko durch den Krieg in der Ukraine. Das umkämpfte Land wurde vor Kurzem ins europäische Stromverbundsystem integriert, das mittlerweile längst als „too big to fail“ gilt. „Die Pandemie und nun auch der Krieg in der Ukraine haben noch deutlicher gezeigt, wie hoch vernetzt unsere Welt ist“, so Saurugg.

Auch der Ausbau der erneuerbaren Energien erhört das Risiko eines Blackouts, schließlich sind Wind-, Wasser- und Solarenergie deutlich höheren Schwankungen unterlegen und die Speicherkapazitäten für diese Energieformen beschränkt. Dazu kommt, dass die Generatoren der Gaskraftwerke eine wichtige Pufferfunktion bei Schwankungen im Stromnetz innehaben und nun vor allem in Deutschland sukzessive stillgelegt werden.

Das Bundesheer arbeitet gerade daran, bis 2025 alle Kasernen energieautark zu machen, um im Ernstfall besser gerüstet zu sein. Für Unternehmen, Haushalte, Gemeinden und Schulen bietet die österreichische Gesellschaft für Krisenvorsorge Checklisten und Arbeitsmappen zur Vorbereitung. Diese Informationen sind auch auf der Webseite www.gfkv.at abrufbar.

Industriestammtisch im Web statt bei Welser Profile

Ursprünglich hätte der Industriestammtisch Mostviertel am 21. März im neuen Begegnungszentrum von Welser Profile in Gresten stattfinden sollen. Aufgrund der hohen Infektionszahlen hat die IV-NÖ die Veranstaltung jedoch online abgehalten. Vor dem Gastvortrag durch den Blackout-Experten Herbert Saurugg gab Andreas Welser, der auch Industriegruppensprecher für das Mostviertel ist, einen kurzen Überblick über das Unternehmen Welser Profile. Er und sein Bruder Thomas Welser leiten den Betrieb in der elften Generation, insgesamt verzeichnet Welser Profile 2.350 Beschäftigte an vier Standorten. Als größte aktuelle Herausforderungen nannte Andreas Welser die hohen Krankenstände durch die Pandemie sowie die Russland-Sanktionen, die sich naturgemäß auf den Export auswirken. Die Profile des Mostviertler Unternehmens kommen unter anderem in Küchenladen, in der Automotive- und Bauindustrie, der Schienenfahrzeugindustrie sowie beim Bau vom Photovoltaikpaneelen zum Einsatz.

TERMINE

17. Mai 2022
ARBEITSKREIS FACHKRÄFTE UND BILDUNG.
THEMA: NEUE WEGE IN DER BERUFSORIENTIERUNG.
Einladung folgt.

Save The Date
13. September
SOMMERAUSKLANG DER IV-NIEDERÖSTERREICH IM SCHLOSS LUBEREGG

Fotos: Adobe Stock, David Schreiber

Wer den Frieden will, muss den Krieg verstehen

Um die aktuelle Situation in der Ukraine besser einordnen zu können, veranstaltete die IV-NÖ am 25. März einen Online-Talk mit Professor Christian Stadler vom Institut für Rechtsphilosophie der Universität Wien.

„Diese historischen und geopolitischen Hintergründe sollen die aktuelle Katastrophe nicht kleinreden, sondern Ihnen helfen, die Ursachen dafür besser zu verstehen", mit diesen Worten leitete der renommierte Geopolitik-Experte Christian Stadler seinen Online-Vortrag ein, zu dem die IV-NÖ auch die Mitglieder der IV-Wien und der IV-Salzburg geladen hatte.

Bei seinen Ausführungen holte Stadler historisch weit aus, indem er etwa erklärte, dass das Gebiet, das man heute als Russland kennt, im Mittelalter als die russische Ukraine, auch bekannt als „Kiewski Rus", galt. Großes Augenmerk legte der Professor auf die weitläufigen geopolitischen Zusammenhänge von der Vergangenheit bis heute und ging auch auf die ökonomische, politische und kulturelle Dimension des russischen Angriffskrieges ein.

Aus wirtschaftlicher Sicht gehe es Russland etwa um die größte russische Pipeline, die durch den Donbass verläuft oder um die Schiefergasvorkommen in der Ukraine. Zudem sehe Russland in der Vereinnahmung der Ukraine eine Chance, wieder eine politische Großmacht zu werden. Das in der Ukraine stark umkämpfte Gebiet im Osten des Landes wird in russischen Lehrbüchern als „Neurussland" bezeichnet, worin sich unter anderem der kulturelle Anspruch Russlands manifestiert.

Im Kontrast dazu sieht sich die Ukraine als selbstständiger Staat. Die junge Generation der Ukraine hat keine Vorstellung mehr davon, wie es sein könnte, zur russischen Republik zu gehören und identifiziert sich eher mit westeuropäischen Werten, die aus Sicht des Kremls aber als Schwäche oder sogar als Dekadenz interpretiert werden.

Wie der Krieg weiter verlaufen werde, konnte auch Professor Stadler nicht beantworten. Gut verständlich legte er jedoch dar, dass Europa viel zu lange über die Abgründe in der Zusammenarbeit mit Russland hinweggesehen hatte. Und betonte zum Schluss einmal mehr: „Den Krieg zu verstehen ist wichtig, bedeutet aber nicht, den Krieg zu verzeihen."

Ministerbesuch in Niederösterreich

Finanzminister Magnus Brunner tauschte sich am Donnerstag, 18. März, bei einem Besuch der Papierfabrik Salzer in St. Pölten mit Vorstandsmitgliedern der IV-NÖ aus. Thema des Gesprächs waren vor allem die hohen Energiepreise und deren Auswirkungen auf die niederösterreichische Industrie. An dem Termin nahmen auch weitere Geschäftsführer von Industrieunternehmen aus der Region teil.

Finanzminister Magnus Brunner und IV-NÖ-Präsident Thomas Salzer bei der Besichtigung der Papierfabrik in St. Pölten

Beim Werksrundgang (v.l.n.r.): Harald Egger, Geschäftsführer der Salzer Papier GmbH, Geberit Österreich-Geschäftsführer Helmut Schwarzl, Finanzminister Magnus Brunner, Sunpor-Geschäftsführer Roman Eberstaller, IV-NÖ-Präsident Thomas Salzer, Vetropack-Geschäftsführer Johann Eggerth und Wolfgang Spanny, Geschäftsführer der Salzer Formtech GmbH

Ohne Gas gibt es keine Versorgungssicherheit

Das Energieausbau-Beschleunigungspaket des Landes NÖ ist zu begrüßen. Es muss aber auch die Versorgungssicherheit mitgedacht werden.

Am 22. März präsentierte das Land NÖ das Ziel, bis 2030 die Leistung aus Windkraft zu verdoppeln. Das ist wichtig, wird aber nicht reichen, um von fossilen Brennstoffen wegzukommen. Dafür müssten wir die Windkraftanlagen nämlich um das Siebenfache ausbauen.

Dieser Ausbau wird erstens nicht von heute auf morgen gelingen und zweitens bleibt immer noch das Problem, dass im Winter zu wenig Strom produziert wird und wir alternative Energiequellen brauchen. Und das wird in den nächsten Jahren weiterhin Gas sein müssen, denn Kohle und Öl sind noch schmutziger in der Verbrennung.

Begrüßenswert ist jedenfalls der Beschluss, dass die Genehmigungspflicht für Photovoltaik-Anlagen gelockert werden soll. Schließlich hören wir immer wieder von Betrieben, dass sie die Errichtung ihrer PV-Anlage längst eingereicht haben, aber seit bis zu zwei Jahren auf die Genehmigung warten. Weiters ist die Verfahrensbeschleunigung durch mehr interne sowie externe Sachverständige zu begrüßen, handelt es sich dabei doch um eine langjährige Forderung der Industrie. Die angekündigten Widmungserleichterungen für Energieversorgungs-Gebäude sind ebenso wichtig für die Entbürokratisierung im Sinne der Energiewende.

Die Unternehmen werden jedenfalls ihr Bestes geben, um neue Wege in der Energieversorgung zu gehen. Aber auch die Bevölkerung muss ihren Beitrag leisten. Es kann nicht sein, dass das Interesse an erneuerbarer Energie steigt, die dafür notwendigen Windräder oder Biomasseanlagen aber niemand in seiner Nähe haben möchte.

Und die Politik hat hier den wichtigsten Hebel: Sie muss die richtigen Rahmenbedingungen schaffen, aber auch weiterhin ehrlich kommunizieren, dass ein völliger Verzicht auf Gas ad hoc nicht möglich sein wird. Andernfalls würden wir unsere industrielle Basis zerstören und den Wohlstand im Land opfern.

Ihr

Thomas Salzer,
Präsident der IV-Niederösterreich

Fotos: Adobe Stock, Andi Bruckner

„Wir haben aus der Not eine Tugend gemacht“

Steven Blaha, Co-Vorsitzender der Jungen Industrie NÖ/Bgld, über die Aktivitäten der IV-Nachwuchsorganisation in Zeiten der Pandemie und den Aufholbedarf im Bereich der Kinderbetreuung.

Der Bisamberger Steven Blaha ist seit September Co-Vorsitzender der Jungen Industrie NÖ/Bgld

Sie sind nun seit eineinhalb Jahren Co-Vorsitzender der Jungen Industrie NÖ/Bgld. Was waren Ihre Highlights beim Engagement in der JI?

Eines meiner persönlichen Highlights war das Online-Gespräch mit AMS-Chef Johannes Kopf im Dezember 2020, das ich moderieren durfte und an dem über 100 JI-Mitglieder aus ganz Österreich teilgenommen haben. Ein weiteres großes Highlight war natürlich auch unsere Bundestagung, die wir im Oktober 2021 in Krems veranstaltet haben. An dem zweieinhalbtägigen Programm unter dem Motto „grenzenlos“ haben rund 150 Mitglieder aus ganz Österreich teilgenommen. Geboten wurde etwa ein World Café mit interessanten Gästen wie Prälat Maximilian Fürnsinn, Christian Timm, dem Leiter der Justizanstalt Stein oder einem Vertreter von Fridays For Future. Beeindruckend war auch die Besichtigung des AKW Zwentendorf und die Keynote von Science Buster Florian Freistetter.

Seit Beginn der Pandemie hat die Junge Industrie NÖ/Bgld ein neues Eventformat namens „Talk Around The World“ ins Leben gerufen. Worum geht dabei genau?

Bei dieser Eventreihe haben wir – nachdem Studienreisen ja nicht möglich waren und die meisten Events sowieso online abgehalten wurden – aus der Not eine Tugend gemacht und uns virtuell mit österreichischen Wirtschaftsdelegierten aus der ganzen Welt ausgetauscht. Die Gespräche mit den Expertinnen und Experten aus China, Indien, Kasachstan, Chile, Südafrika, Marokko, der USA, Russland und der Ukraine waren wirklich sehr lehrreich. Im Juni soll der fünfte „Talk Around The World“ erstmals physisch stattfinden, wenn die Wirtschaftsdelegierten aus Israel und Abu Dhabi im Zuge des Exporttages in Wien sind.

Was steht demnächst sonst noch am Programm bei der JI NÖ/Bgld?

Im April findet unsere Vorstandsklausur statt, bei der wir uns nach der Bundestagung und den vielen Aktivitäten zum Schwerpunkt „grenzenlos“ inhaltlich neu ausrichten möchten. Natürlich sind auch wieder Betriebsbesichtigungen und Kamingespräche geplant und hoffentlich bald wieder leichter durchführbar. Fix ist bereits eine Besichtigung des Drohnen-Herstellers und „Hidden Champions“ Schiebel in Wiener Neustadt. Wir denken auch schon wieder über eine Studienreise nach. Langweilig wird es jedenfalls nicht.

Die Junge Industrie äußert sich immer wieder zu Vereinbarkeit von Familie und Beruf, insbesondere zum Thema Kinderbetreuung. Warum ist das der JI so ein wichtiges Thema?

Unsere Mitglieder sind großteils in der Altersgruppe, in der Familiengründung und Vereinbarkeit von Familie und Beruf im Vordergrund steht. Hier sehen wir in Niederösterreich großen Aufholbedarf: Derzeit haben nur 25,9 Prozent der Unter-Dreijährigen eine Chance auf einen Betreuungsplatz. Und die Landeskindergärten nehmen Kinder erst ab 2,5 Jahren auf, obwohl die gesetzliche Karenz nach zwei Jahren endet. Aus unternehmerischer Sicht ist der Ausbau der Betreuungsplätze auch ein entscheidender Schritt zur Bewältigung des eklatanten Fachkräftemangels.

Welche konkreten Vorschläge hat die Junge Industrie NÖ/Bgld hier?

Die Gemeinden brauchen mehr finanzielle Unterstützung für die Errichtung und Ausweitung des Betreuungsangebots. Das ist bis zum Sommer Thema in den 15a-Verhandlungen zwischen Bund, Länder und Gemeinden. Da die Kindergärten aber nicht nur Betreuungs-, sondern auch Bildungseinrichtungen sind, braucht es auch mehr Investitionen in das pädagogische Personal sowie mehr Personal im Assistenzbereich. Letzteres könnte etwa auch durch Zivildiener erreicht werden – leider ist viel zu wenig bekannt, dass der Zivildienst auch in einem Kindergarten absolviert werden kann.

Welche Rolle spielen hier eigentlich Betriebskindergärten?

Im Moment sind die Auflagen für betriebliche Betreuungseinrichtungen und Betriebskindergärten sehr hoch, hier fordern wir Erleichterungen. Die betrieblichen Einrichtungen dürfen aber auch nur als Zusatz zum öffentlichen Angebot gesehen werden. Sie können jedoch die Attraktivität als Arbeitgeber steigen und damit dem Fachkräftemangel entgegenwirken.

STEVEN BLAHA

Steven Blaha (28) ist Mitglied der Geschäftsführung der Blaha Büromöbel GmbH mit Sitz in Korneuburg. Gemeinsam mit Christina Glocknitzer (Seal Maker GmbH, Bezirk Mattersburg) hat er seit September 2020 den Vorsitz der Jungen Industrie NÖ/Bgld inne.

Christina Glocknitzer (l.) und Steven Blaha (r.) bei der Eröffnung der JI-Bundestagung im Oktober 2021 in Krems

ÜBER DIE JUNGE INDUSTRIE NÖ/BGLD

Die Junge Industrie ist die Interessenvertretung und Netzwerkeinrichtung der Jungunternehmer und jungen Führungskräfte der Industrie. Die Mitglieder sind vorwiegend Nachwuchsführungskräfte aus der Industrie bzw. dem industrienahen Sektor im Alter von 18 bis 40 Jahren. Österreichweit zählt die Junge Industrie über 1.300 Mitglieder, in Niederösterreich und dem Burgenland rund 130. Weitere Informationen: www.jungeindustrie.at

VERANSTALTUNGEN DER JI NÖ/BGLD

3. Mai, ab 17.30 Uhr
BETRIEBSBESICHTIGUNG BEI DER SCHIEBEL GMBH IN WIENER NEUSTADT, INKL. GESPRÄCH MIT CEO HANNES HECHER

25. Juni, ab 16.30 Uhr
GEMEINSAMES SOMMERFEST MIT DER JI WIEN AN DER ALTEN DONAU

Weitere Termine in Planung.
Kontakt für Rückfragen:
gerti.wallner@iv.at

Fotos: Andi Bruckner, David Schreiber